[illegible] Bewohner Breslaus, Oberschlesier und Nichtoberschlesier, verleihen in voller Einmütigkeit und gegenseitiger Treue ihrer unwandelbaren innersten Ueberzeugung durch folgendes Bekenntnis Ausdruck: Unsere Heimat, unser Oberschlesien war deutsch seit der Vorväter Tage. Es hat durch eindeutige Mehrheit bei der Abstimmung bezeugt, daß es bei Deutschland bleiben will. Wir fordern daher, daß es unserem Vaterlande auf ewig ungeteilt erhalten bleibt.

Kundgebung der Leipziger Oberschlesier. Die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes heimattreuer Oberschlesier hatte zu Sonntag mittag nach dem Zentraltheater zu einer Kundgebung für ein ungeteiltes Oberschlesien eingeladen, die sehr zahlreichen Besuch aufwies. Nach der Rede des Rektors Günther aus Gleiwitz i. Obersch., der in fesselnder Weise die Leiden schilderte, die die Oberschlesier infolge des polnischen und französischen Terrors durchgemacht haben und noch durchmachen müssen und nach Versicherungen von Vertretern der Grenz- und Auslandsdeutschen u. a. aus Deutschösterreich, Posen, Ost- und Westpreußen, Bayern, Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen, daß die Bevölkerung ihrer Landesteile geschlossen zu den Oberschlesiern halten und wie diese bei Deutschland bleiben wollen, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der u. a. gesagt wird, daß Deutschland aus historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen ein unbestreitbares Recht auf ganz Oberschlesien hat und daß es ein Hohn auf die Gerechtigkeit wäre, wenn nach dem deutschen Abstimmungssieg auch nur ein geringer Teil Oberschlesiens vom Reiche abgetrennt wird. Die Reichsregierung wird aufgefordert, alle Mittel zur Erhaltung Oberschlesiens beim Reiche anzuwenden. Oberschlesien ist eine Einheit und muß ganz beim Reiche bleiben.

Das oberschlesische Industriegebiet soll an Polen fallen? Die Anwesenheit des Generals Le Rond in Paris ist wohl das Vorspiel für Beratungen der Interalliierten Kommission in Oppeln, die die neue oberschlesische Grenze laut Friedensvertrag den Regierungen der vereinigten Bundesstaaten vorzuschlagen hat. Laut „Echo de Paris" hat die Kommission bereits die Grundzüge der Verteilung festgelegt; die einzige ungelöste Frage ist die Unteilbarkeit des Industriegebietes, in dem Polen die Mehrheit hat. „Petit Parisien" sagt, daß es daher auch ganz an Polen gegeben werden soll.

Die Zollgrenze erst ab Ende der Woche. Die Sonnabend an der Frankfurter Börse verbreitete Nachricht, daß die rheinische Zollgrenze heute oder in den nächsten Tagen eröffnet werden soll, trifft nach den Informationen der rheinischen Rundschau nicht zu. Aus technischen Gründen ist nicht anzunehmen, daß vor Ablauf dieser Woche die Eröffnung mit kurzfristiger Ankündigung erfolgen wird.

Das Sondergericht in Halle verurteilte am Sonnabend die Arbeiter Richard Koch und Karl Kaiser aus Teutschental, die beschuldigt waren, sich bewaffneten Haufen angeschlossen und sich gegen das Sprengstoffgesetz vergangen zu haben, wegen Landfriedensbruchs zu einer Gesamtstrafe von je 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Drei weitere Angeklagte wurden wegen Anschlusses an eine bewaffnete kommunistische Bande zu 10, 7 und 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der als Mittäter des zum Tode verurteilten Arbeiters Paul Jakob seinerzeit in Haft genommene Arbeiter Stanislaus Harych hat sich am Sonnabend im Untersuchungsgefängnis erhängt. Der 20jährige Selbstmörder war der Schwager des Ammendorfer Eisenbahnattentäters Jakob, war schon mehrfach vorbestraft und geständig, das Eisenbahnattentat bei Gröbers am 22. März, durch das der Leipziger D-Zug zum Entgleisen gebracht wurde, in Gemeinschaft mit Jakob begangen zu haben.

Ein Meuchelmörder von Gröbers festgenommen. Den „Leipz. N. Nachr." wird aus Halle gemeldet: Einigen Abteilungen Schutzpolizei, die von Merseburg in Lastautos nach Gröbers fuhren, gelang es, einen 20jährigen Bauernknecht namens Deutschbein festzunehmen, der sich an der grausamen Ermordung der Schutzpolizeibeamten beteiligt hatte. Der Bursche, der auf dem Felde arbeitete, fiel den Beamten durch seine grüne Hose auf. Der Festgenommene gestand schließlich, an den bestialischen Verstümmelungen der gefallenen Polizeibeamten beteiligt gewesen zu sein, ihnen die Augen ausgestochen, Nasen und Ohren abgeschnitten zu haben. Ein Messer, mit dem der Unhold die scheußliche Tat ausgeführt hat, wurde noch bei ihm vorgefunden. Andere Burschen sollen nach seinem Geständnis die übrigen Gemeinheiten an den Gefallenen verübt haben. Man hofft, bald auch die anderen Verbrecher dingfest zu machen. — In Gröbers wurde von der Schutzpolizei der Gemeindevorsteher Seidewitz und seine Frau festgenommen. Beide sollen sich an den Kämpfen um Gröbers beteiligt haben.

Der Notpräsident von Preußen. Nichts dürfte die ganze Verworrenheit unseres innerpolitischen Lebens und die aus unserer Volksart sich ergebenden Widerstände gegen das parlamentarische Regierungssystem und seine Konsequenzen krasser beleuchten, als das Zustandekommen, d. h. besser, das Nichtzustandekommen der preußischen Regierungsbildung. Bis in die Morgenstunden des entscheidenden Sonnabends hinein herrschte Unklarheit auf der ganzen Linie. Auf eine Koalition mit nachfolgender Personenauswahl hatte man bereits verzichtet. Der Name Stegerwald war ausgesprochen, wurde aber trotz grundsätzlicher Zustimmung der Zentrumspartei nur unter Vorbehalt genannt, da es noch gewichtige persönliche Bedenken zu zerstreuen galt. In der Enge der Fraktionszimmer kam es zur letzten Entscheidung, die doch nur eine Flucht vor der Entscheidung darstellt, sodaß im Plenum der Landesversammlung ohne Debatte mit ganz überwältigender Mehrheit Adam Stegerwald, der Führer der christlichen Arbeiterschaft, zum Ministerpräsidenten gewählt werden konnte. Ihm obliegt, zwar nicht im Sinne einer Blankovollmacht, aber doch einer Vertrauenskundgebung aller Parteien, mit Ausnahme der radikalen Linken, die Bildung des Kabinetts. Sein Name hat den Klang eines Programms. Der soziale Gedanke ist dem durch Begabung und unermüdlichen Fleiß ins großpolitische Leben Hineingewachsenen Leitstern gewesen. Niemand aus Arbeiterreihen wird ihm, wenn er nicht moskowitisch verrannt ist, mit Mißtrauen entgegensehen. Aber auch bei den bürgerlichen Parteien bis in die Reihen der Rechten hinein wird man diesem Mann, dem niemand in ausgesprochener Gegnerschaft gegenübersteht, bei der Bildung seines Ministeriums und bei seiner Arbeit ohne Not keine Schwierigkeiten machen.

Die Kohlenzwangslieferungen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" in Essen berichtet, daß über die Frage der Kohlenzwangslieferungen neue Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Von Paris aus ist die Anregung ergangen, auf die Dauer von sechs Monaten ein neues Lieferungsprogramm festzusetzen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" weist darauf hin, daß der englische Bergarbeiterstreik für uns von sehr ungünstigem Einfluß ist, weil die Entente jetzt versuchen werde, neben der Qualitätsfrage auch die Quantitätsfrage zur Verhandlung zu bringen und diese eventl. sogar wieder in den Vordergrund zu ziehen. Deshalb werden die Verhandlungen länger dauern und erhebliche Schwierigkeiten verursachen.

Der dekorierte Räubergeneral Hölz. Aus Moskau wird gemeldet, daß Hölz mit 27 deutschen Kommunistenführern durch Beschluß des Sowjets für die Verdienste um die Befreiung des Proletariats mit dem Orden der Roten Fahne ausgezeichnet worden ist. Bekanntlich ist Hölz, wahrscheinlich weil ihm der Boden in Deutschland zu heiß wurde, nach Moskau „abberufen" worden. So leicht wird ihm aber die Ausreise aus Deutschland nicht gelingen. Wie wir hören, ist die vom Berliner Polizeipräsidium aus- [illegible] auf die Ergreifung des Kommunistenführers Hölz auf 170 000 Mark erhöht worden, außerdem sind umfangreiche Ueberwachungsmaßnahmen durch die Grenzbehörden angeordnet worden.

Dr. Simons' Aufenthalt in Bern. Reichsminister Dr. Simons stattete am Sonnabend anläßlich seiner Anwesenheit in Bern dem Chef des politischen Departements Motta, dem Vizepräsidenten Haab und dem Bundesrat Schultheß einen Höflichkeitsbesuch ab. Wie die Schweizerische Depeschenagentur erfährt, bildeten den Gegenstand der Erörterungen in erster Linie die die beiden Länder interessierenden Fragen, speziell auch solche kommerzieller Natur. Indessen wurden auch im Laufe des Gesprächs die großen Tagesfragen berührt. Dr. Simons betonte hinsichtlich der Reparationsfrage seinen entschiedenen Willen, innerhalb der Grenzen des Möglichen zur Reparation beizutragen. Er sprach dabei die Ansicht aus, daß die deutsche Regierung wohl demnächst Gelegenheit haben werde, ihren guten Willen zu beweisen.

Republik Oesterreich.

Ultimatum der Salzburger an die Regierung. Aus Salzburg wird gemeldet: Die Sozialdemokraten haben der Landesregierung ein Ultimatum überreicht, in welchem besseres Brot, billigeres Fleisch sowie Sperre jeder Ausfuhr von Lebensmitteln und die Entfernung des christlich-sozialen Vizebürgermeisters innerhalb drei Tagen verlangt wird. Falls den Forderungen nicht Rechnung getragen wird, drohen die Straßenbahner, Postangestellten, Eisenbahner sowie die Arbeiter der Licht- und Wasserwerke in den Streik zu treten.

Tschechoslowakei.

Volkszählung. Nach dem vorläufigen Ergebnis wurden bei der Volkszählung vom 15. Februar d. J. in Böhmen 6668131 Einwohner gezählt. Seit der letzten Volkszählung am 31. Dezember 1910 ist die Zahl der Einwohner um 119002, das ist um 1,77 Prozent gesunken. In Böhmen, Mähren und Schlesien mit den angeschlossenen Teilen von Weitra, Feldsberg und Hultschin wurden nach dem vorläufigen Ergebnis bei der letzten Zählung 9994369 Einwohner gezählt. Seit dem Jahre 1910 ist die Zahl der Bevölkerung um 77126 Einwohner (0,76 Prozent) gesunken.

Schweiz.

Kaiser Karl zieht um. Die schweizerische Depeschenagentur meldet aus Luzern: Der frühere Kaiser Karl steht bereits in Unterhandlungen wegen Aufnahme in einem anderen Staat.

Griechenland.

Griechenland vor der Revolution? In London verlautet, daß Griechenland am Vorabend einer Revolution steht. Venizelos, der sich in Italien befindet, wo er die Ereignisse abwartet, will sich evtl. von Brindisi nach Griechenland einschiffen. Nachrichten aus Athen melden, daß das nationale Empfinden sich mehr und mehr von Konstantin abwendet. Die unglückliche Offensive gegen die Türkei und die schweren Verluste der griechischen Armee haben eine große Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervorgerufen, die den König dafür verantwortlich macht. — Die Athener Blätter melden, daß König Konstantin, begleitet von Dusmanis und Metaxas, nach der Front abreisen wird.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 11. April 1921.

—* **Stenographie.** Gestern hielt der Collmgauverband Gabelsbergerscher Stenographen-Vereine Oschatz in Dahlen seine diesjährige Frühjahrsversammlung ab. Unter den zahlreich Erschienenen konnte man auch eine größere Anzahl Mitglieder des hiesigen Stenographen-Vereins erblicken. Nach Begrüßung der Erschienenen nahm die Versammlung von verschiedenen Kartengrüßen und auch einem Schreiben des Stenographischen Landesamtes, worin ebenfalls die Grüße desselben übermittelt wurden, Kenntnis. Aus letzterem war besonders hervorzuheben, daß Herr Reg.-Rat Ahnert mitteilte, er habe die Absicht, eine der nächsten Hauptversammlungen in **Riesa** abzuhalten. Nach Erledigung einiger weiterer Punkte sprach Herr Lehrer Mädefesser-Wurzen über das Thema: „Stenographische Prüfungen". Seinen interessanten Ausführungen legte er die Worte: „Nur im Vorwärtsstreben liegt die Entwickelung" zu Grunde. Er gab dann den Anwesenden ein anschauliches Bild über die Geschäftsstenographen- und Stenographielehrer-Prüfung und die hierbei an die Prüflinge zu stellenden Anforderungen. Als Schluß der Versammlung fand die Preisverteilung für das am 14. Nov. v. J. in Riesa abgehaltene 34. Verbandspreiswettschreiben statt. Auch mehrere Mitglieder des hiesigen Vereins hatten dabei Preise errungen. Es erhielten in der Geschwindigkeitsstufe von: 80 Silben Herr Max Schumann und Gerhard Hobel je einen 1. Preis; 100 Silben Herr Max Schumann einen 3. Preis; 120 Silben Herr Erich Hammitzsch, Arthur Rädler, Kurt Kühe, Erich Schiffner, Kurt Krehe und Frl. Gertrud Jähnig je einen 1. Preis und Frl. Martha Riebel eine Belobigung; 140 Silben Herr Walter Weber einen 1. Preis und bei 160 Silben Frl. Hilde Bachmann einen 1. Preis. Die Herren E. Hammitzsch und W. Weber erhielten außer den Diplomen für als unter den 1. Preisen gelieferte beste Arbeiten noch je ein Wertgeschenk. Am Abend fanden sich dann die Stenographen zur Feier des Dahlener Stenographen-Vereins-Stiftungsfestes zusammen, welches allen noch einige recht frohe Stunden bot.

—* **Konzert.** Nochmals sei auf das morgen Dienstag abend ½8 Uhr im „Stern" stattfindende **Konzert Amans-Bartsch-Blumer** empfehlend hingewiesen. Falls der Sächs. Künstlerhilfsbund sich in Riesa behaupten kann, wird am 10. Juni d. J. ein „Lustiger Sommerabend" mit dem rühmlichst bekannten Dresdner Hofschauspieler Erich Ponto veranstaltet werden können.

—* **Eine Vorfeier der Lutherfeier** fand vorigen Sonntag, vom Evgl. Bund veranstaltet, nachm. 6 Uhr in der hiesigen Trinitatiskirche statt, in der nach einer Eröffnungsansprache des Vorsitzenden, Pf. Friedrich, über die gegenwärtigen Aufgaben des Evgl. Bundes Herr Studienrat Hickmann aus Leipzig einen Predigtvortrag über Luther in Worms hielt. Er stellte der Versammlung den Helden von Worms mit seinem mannhaften Bekenntnis vor Kaiser und Reich als den geistigen Führer für unser Volk in seiner gegenwärtigen Bedrängnis vor die Seele und kennzeichnete ihn als den Vorkämpfer der religiösen persönlichen Selbständigkeit, als den Mann der Gewissensfreiheit und als Vorbild der Gottinnigkeit und des Glaubensmutes. Seine geistvollen Ausführungen, aus einem warmen evangelischen Herzen geboren, machten einen tiefen Eindruck auf die im Gotteshause Versammelten.

— **Die Sammlung Deutsche Kinderhilfe in Sachsen** ist am 31. März abgeschlossen worden und man rechnet mit einer Gesamteinnahme von rund 4 Millionen Mark. Hiervon gehen 20 Prozent nach Berlin als Beitrag zur Deckung der mannigfachen Unkosten, die zu Propagandazwecken usw. gemacht werden mußten. Man darf aber annehmen, daß ein Teil dieser Summe wieder nach Sachsen zurückfließt, da angenommen wird, daß die Auslagen erheblich weniger als 20 Prozent betragen. 40 Prozent gehen an die Bezirke, in denen für die Kinderhilfe gesammelt worden ist. Der Rest wird an das neugegründete Amt für Wohlfahrtspflege überwiesen werden.

—* **Die Polizei und die kommunistischen Unruhen.** Die letzten beiden Wochen bildeten eine anstrengende Arbeitsperiode für unsere gesamte Polizei, besonders auch für die „Grünen", die nach dem Abschluß ihrer Organisation zum ersten Male Gelegenheit hatten, sich an ernsten und umfangreichen Aufgaben vor aller Oeffentlichkeit zu bewähren. Besonders in den Ortschaften und der [illegible] Macht [illegible] erforderlich. Aus zahlreichen [illegible] erklangen Hilferufe zum Schutze der Bevölkerung vor Terror und Gewalt der Kommunisten. Es mußten größere Polizeikräfte nach Gröbers, Zeitz, Delitzsch, Halle [illegible] und anderen Orten entsandt werden. Ueberall wurde bald nach Eintreffen der Beamten Ruhe und Ordnung wiederhergestellt. — Bei der geringen Zahl der Beamten wurde doppelte Anspannung von jedem Einzelnen verlangt und nur der [illegible] Hingabe der Beamten ist es zu verdanken, daß es möglich war, der [illegible] Bevölkerung Schutz zu gewähren. — In der Leipziger Gegend haben sich leider blutige Zusammenstöße nicht vermeiden lassen, da die dort kämpfenden Kommunisten aus dem Hinterhalt auf die anrückenden Beamten feuerten. — Die letzten Unruhen haben wiederum aufs neue ergeben, wie notwendig die Landespolizei vor allem auch am Sitze der Regierung ist, zumal sich gezeigt hat, daß schon das bloße Vorhandensein von Polizeikräften genügt, um eine weitere Verbreitung von Unruhen zu verhindern.

—* **Beteiligung der Gewerkschaften an der staatlichen Gewerbeaufsicht.** Auf Einladung des Arbeitsministeriums fand, wie die Nachr.-Stelle d. Staatskanzlei mitteilt, am 8. d. M. im Ministerialgebäude in Dresden eine Konferenz von Arbeitervertretern ganz Sachsens statt, die sich mit der weiteren Durchdringung der Gewerbeaufsicht mit Hilfsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und mit der Frage zu beschäftigen hatte, inwieweit es angängig sei, auch die Vorstände der Aemter aus den Gewerkschaftskreisen zu entnehmen. In der recht eingehenden Aussprache ging der Minister auf die Wünsche und Anregungen der Arbeitervertreter ein und gab verschiedene Auskünfte. Der Vorsitzende der Konferenz, Ministerialrat Dr. Dehne, hob im Schlußwort hervor, daß die Aussprache die beiderseits gewünschte Klärung der Frage ergeben habe. Es werde nunmehr Aufgabe der Regierung und des Landtages sein, die Erfüllung der zahlreichen Wünsche der Arbeiter mit den tatsächlichen Bedürfnissen und Ausführungsmöglichkeiten in Einklang zu bringen.

—* **Die Bezeichnung Frau in Sachsen.** Da die Frage, welche weiblichen Personen die Bezeichnung „Frau" mit rechtlichem Schutze führen dürfen, gesetzlich nicht geregelt ist, und die Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse durch die Staatsumwälzung auch hinsichtlich der Bezeichnung „Frau" die bisherigen Sitten und Gewohnheiten geändert haben, nimmt das sächsische Ministerium des Innern den Standpunkt ein, daß es von den sächsischen Verwaltungsbehörden künftighin nicht mehr zu beanstanden sein wird, wenn ledige Personen vom Eintritt ihrer Großjährigkeit ab den Behörden gegenüber die Bezeichnung „Frau" führen, sofern nicht die offenbare Absicht der Täuschung über ihren früheren Stand vorliegt. Die Verordnung des Ministers vom 7. 11. 1916, nach der Bräuten gefallener Kriegsteilnehmer auf Ansuchen die Bewilligung zur Führung der Bezeichnung „Frau" erteilt werden konnte, wird dadurch aufgehoben.

— **Ein Dampfer „Sachsen".** Der Vorsitzende des Direktoriums der Hamburg-Amerika-Linie, Generaldirektor Cuno, hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß einer der im Bau befindlichen großen 12000 Tonnen-Dampfer der Linie, der für Fracht- und Zwischendeckverkehr eingerichtet wird, den Namen „Sachsen" erhalten soll. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, wie sehr es im wechselseitigen Interesse liegt, daß die Beziehungen zwischen dem inneren Deutschland und den Hansestädten so eng wie möglich geknüpft und die Anteilnahme des Binnenlandes am Wiederaufbau der deutschen Weltwirtschaft gestärkt werden. Die Namen der Schiffe unserer neu entstehenden Handelsflotte sollen auch im Auslande die nahen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen des Deutschen Reiches sichtbar werden lassen. Es ist selbstverständlich, daß die sächsische Regierung diesen Gedanken mit Anerkennung und Freude begrüßt hat.

— **Keine Aenderung der Zündholzpreise.** Die Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H. in Berlin teilt mit, daß gemäß Beschlüssen des Verwaltungsrates der Zündholzindustrie, in welchem Erzeuger, Großhändler, Kleinhändler und Verbraucher vertreten sind, die bisherigen Preise für Zündhölzer in- und ausländischer Erzeugung, nämlich 2,50 Mark für das Paket à 10 Schachteln oder 25 Pfennig für die Schachtel, bis auf weiteres bestehen bleiben. Eine Preisherabsetzung, von welcher in Handelskreisen in der letzten Zeit gesprochen wurde, läßt sich nicht ermöglichen, doch kann in Aussicht gestellt werden, daß die Bewirtschaftung der Zündhölzer am 1. Juli d. Js. ihr Ende findet.

—* **Wohlfahrtspflege.** Das durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 18. März d. J. gebildete Landesamt für Wohlfahrtspflege hatte zur ersten Sitzung seines Vorstandes unter Leitung des Ministerialdirektors v. Pflugk für den 5. April in den Sitzungssaal der IV. Abteilung des Ministeriums des Innern, Seestr. 18, eingeladen. Die erste Sitzung des Beirats findet Donnerstag, den 28. April statt. Daran schließt sich am 29. und 30. April eine Tagung für Wohlfahrtspflege, zu der an die freien und amtlichen Mitarbeiter der Wohlfahrtspflege besondere Einladung ergeht, und auf der über Aufgaben und Ausbau der amtlichen Wohlfahrtspflege, ihr Verhältnis zur freien Wohlfahrtspflege, über die Mitarbeit des Arztes auf diesem Gebiet, endlich über das städtische und ländliche Wohlfahrtsamt ein Meinungsaustausch an der Hand von Leitsätzen stattfinden soll. Am Abend des 29. April hält Frl. Dr. Marie Baum-Karlsruhe einen öffentlichen Vortrag über „Wohlfahrtspflege als Familienfürsorge" (freier Zutritt für jedermann).

X **Dresden.** In der hiesigen Zigarettenindustrie werden morgen voraussichtlich über 12000 Arbeiter ausgesperrt werden, weil die hohen Lohnforderungen der Maschinenführer eine Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern bisher verhindert haben. Die durch die Entente erzwungene Abschnürung des Marktes im Westen macht sich in der Zigarettenindustrie bereits stark bemerkbar. Auch in anderen Städten sind bereits Lohndifferenzen ausgebrochen, sodaß die Gefahr einer Stillegung der Zigarettenindustrie in ganz Deutschland besteht.

* **Limbach.** Kaum hat sich die Aufregung über die umfangreichen Ladendiebstähle des Hilfsschutzmannes Reichel, der spurlos verschwunden ist, gelegt, so wird schon ein neuer Diebstahl eines hiesigen Polizeibeamten bekannt. Es handelt sich um einen Polizeiwachtmeister, den eine Flasche Kognak zum Diebstahl verleitete. Der Beamte ist sofort aus dem Dienst entlassen worden.

* **Lichtenstein.** Unter dem Verdacht der Brandstiftung in der Webwarendruckerei Tümmler und Drechsler, bei der ein Sachschaden von 60000 M entstand, wurde der Mitinhaber Tümmler verhaftet und in das Landgericht eingeliefert.

* **Zwickau.** Unsere Stadt hat sieben Kühe, die sie aus der amerikanischen Viehspende erhalten sollte, abgelehnt, weil die Qualität der Tiere zu wünschen übrig ließ und der Transport, mit dem sie kamen, mit [illegible] behaftet war.

* **Chemnitz.** Das Stadtverordnetenkollegium beschloß, die Entschädigung für unbesoldete Stadträte von 750 M auf 1500 M und für die Stadtverordneten von 500 auf 1000 M zu erhöhen. Ferner wurde zur Sprache gebracht, daß Chemnitz im Sommer von großem Wassermangel bedroht sei, sobald der kommende Sommer trocken sein wird. Der Bau einer neuen Talsperre würde 200 Millionen Mark kosten.

)(**Chemnitz.** In den Zimmermannswerken verunglückten heute früh durch Umfallen eines Dampfkranes 2 Arbeiter tödlich. Zur Bergung der Leichen mußte ein [illegible]